

Castoren

„Alpen-Varoufakis“

Nach der grundsätzlichen Übereinkunft im Energie-streit herrscht weiterhin Un-einigkeit bei der Frage, ob auch Bayern Castoren auf-nehmen muss. Ministerpräsi-dent Horst Seehofer wies am Donnerstag vor der CSU-Landesgruppe in Berlin das Argument zurück, dass Bay-ern einige der Behälter mit radioaktivem Müll aus Ge-rechtigkeitsgründen lagern müsse. „Das Verursacher-prinzip gilt hier nicht“, sagte

Seehofer laut Teilnehmern. Man könne genauso gut ar-gumentieren, dass die Bun-desländer mit Atomkraftwer-ken jahrzehntelang das Risi-ko der Kernkraft getragen hätten und nun Länder ohne AKW-Standorte für die Zwi-schenlagerung sorgen sollten. Sogar die Schwesterpartei CDU ist von der Sturheit der Bayern in der Energiefrage genervt. An der Fraktions-spitze hat Seehofer in An-spielung auf das griechische Rettungsdrama einen neuen Spitznamen: „Alpen-Varou-fakis“. mp

Windkraft

Wunde Ungetüme

Die Bundesregierung hat kei-nen speziellen Plan, wie die empfindlichen Übertragungs-anlagen von Offshore-Wind-parks im Falle eines Angriffs gesichert werden können:

„Besondere Konzepte für den Schutz dieser Schlüsselkom-ponenten liegen nicht vor“, heißt es in der Antwort auf eine Anfrage der Linken-Ab-geordneten Christine Buch-holz. Hochspannungsüber-tragungsanlagen und Um-spannstationen an der deut-schen Nordseeküste gelten als wunder Punkt bei der Wind-stromerzeugung auf See. Beim Ausfall einer einzigen Übertragungsanlage könnten bis zu 900 Megawatt Strom nicht mehr an Land transportiert werden. Vor der deut-



schen Küste gibt es derzeit sechs derartige Komplexe, sechs weitere sollen folgen. Die Ungetüme auf stählernen Stelzen sind nicht besonders gesichert oder gepanzert. Sie-mens, einer der Hersteller der Anlagen, hält allerdings einen „Angriff auf See“ für „logistisch ... höchst heraus-fordernd“. Das Verbundnetz der europäischen Stromüber-tragung kann einen plötzli-chen Ausfall von 3000 Mega-watt verkraften. Bis zum Jahr 2030 sollen 15 000 Megawatt auf See erzeugt werden. bre

Schwarz-Grün

Schlechte Stimmung

Am Streit über den Daten-schutz könnte eine mögliche schwarz-grüne Koalition im Bund scheitern. Bei dem re-gelmäßigen Meinungsau-s-tausch von Politikern von Union und Grünen kam es am Mittwochabend in Berlin zu einem heftigen Streit. Thema war „Daten als Roh-stoff“. „Man muss über die wirtschaftlichen Chancen re-den“, sagte CDU-Präsidiums-mitglied Jens Spahn. Ver-kehrsströme könnten durch

die Auswertung von Daten künftig besser gelenkt wer-den. Als weiteres Beispiel nannte Spahn, der zum Pa-rlamentarischen Staatssekre-tär im Bundesfinanzministe-rium aufrückt, das Gesund-heitswesen. Hier könnte der schnelle Zugriff auf Daten im Notfall Leben retten. Der grüne Innenpolitiker Kon-stantin von Notz konterte laut Teilnehmern, dass für wirtschaftliches Wachstum keine Bürgerrechte ausge-behlt werden dürften. „Hier steht die Demokratie auf dem Spiel.“ mp

Jakob Augstein Im Zweifel links

Ein paar Lektionen



In der Griechenlandkrise sagte der Chef der Euro-Gruppe, Jeroen Dijsselbloem, am vergangenen Samstag: „Einfache Hilfsprogram-me gibt es nun einmal nicht, das ist die Wahrheit. Und wenn die grie-chische Regierung ihrem Volk diese Wahrheit nicht zumuten will, hat sie ein Glaubwürdigkeitsproblem.“ Da wur-

de deutlich, dass die Griechenlandkrise ein Akt der Er-ziehung ist.

Es geht nicht um das griechische Volk, das weiß ja längst, dass nichts an der Krise einfach ist. Es geht um die Linken in ganz Europa. Noch der letzte Linke soll seine Lektion lernen: Geld ist Macht, Macht ist Wirklich-keit, und wehe dem, der sich eine andere Wirklichkeit wünscht.

Kurt Kister schreibt in der „Süddeutschen Zeitung“: „Tsipras und seine Freunde nehmen die Euro-Zone-Welt nach ihrem eigenen Willen und ihrer Vorstellung wahr.“ Damit unterstellt Kister, dass die Wirklichkeit anders ist, als Tsipras sie wahrnimmt. Holger Steltzner schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen“: „Offenbar bricht das Primat der Politik ökonomische Grundgesetze nicht.“ Das impliziert, die Griechen hätten sich daran versucht, das Primat zu brechen.

Aber diese ökonomischen Gesetze sind eine Fiktion, und diese Wirklichkeit ist es erst recht. Dahinter ver-stecken sich Interessen. Wer wurde in den ersten Runden der griechischen Krise gerettet? Die Banken. Sie durften nicht bankrottgehen. Sie waren systemrelevant. Jetzt sehen wir: Der griechische Staat ist nicht systemrelevant.

Der Irrsinn der Rettungspolitik bekümmert viel zu we-nige Leute. Wenn wir die Wahl haben, Griechenland zu vernichten und Europa zu verwunden oder das steinerne Spardiktat zu beenden: Wofür entscheiden wir uns? Ge-gen die Menschen und für die Ideologie. Das Geld wohl-gemerkt ist in beiden Fällen perdu.

Als ein Berater Angela Merkels nach ihrer Vision für Europa gefragt wurde, soll er gesagt haben: „Ein wettbe-werbsfähiger Kontinent.“ Knapper lässt sich das Versa-gen der Kanzlerin nicht fassen. Sie hat aus Europa ein Buchhalterprojekt gemacht. Jürgen Habermas beklagt, dass sich die Politiker in Brüssel und Berlin weigern, ih-ren Kollegen aus Athen als Politiker zu begegnen: „Sie sehen zwar wie Politiker aus, lassen sich aber nur in ih-rer ökonomischen Rolle als Gläubiger sprechen.“ Das ist die „organisierte Traurigkeit des Kapitalismus“, von der im Zukunftsmanifest der Linkspartei die Rede ist.

Bertolt Brecht hat Mitte der Fünfzigerjahre geschrie-ben: „Die heutige Welt ist den heutigen Menschen nur beschreibbar, wenn sie als eine veränderbare Welt be-schrieben wird.“ So geht das Credo der politischen Kunst: Wir wollen von der Welt wissen, dass sie besser werden kann.

Heute sinkt die Wahlbeteiligung, und überall sind die Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Die Kunst der Poli-tik ist in Misskredit geraten. Kein Wunder. Sie zeichnet nur noch das Bild einer unveränderlichen Welt.

Einer unverbesserlichen.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein und Jan Fleischhauer im Wechsel.